



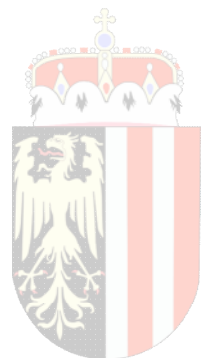
---

---

## DER HAUBNER PLAN FÜR OBERÖSTERREICH

Neue Kraft. Neue Wege.

Mit Sicherheit!



# Leitantrag für den 2. ordentlichen Landeskonvent des BZÖ Oberösterreich

Das BZÖ will seine Politik für die Menschen im Zukunftsland Oberösterreich weiter verstärken. Die parteipolitische Macht-, Proporz- und Streitpolitik von ÖVP und SPÖ nimmt dem Land viele Entwicklungschancen. Grüne und FPÖ sind ideologisch, personell und inhaltlich zu sehr eingeeengt, um eine nachhaltige Sachpolitik für heute und morgen sicherstellen zu können.

Das BZÖ hat sich nicht nur im Land, sondern auch in den Bezirken, vielen Gemeinden und Städten inzwischen mit Personen, Strukturen und Themen klar positioniert. Wir wollen durch unsere Ideen und konkreten Lösungsvorschläge einen wesentlichen Beitrag leisten, um Oberösterreich als unser Heimatland zukunftsfit zu machen und sind dafür personell sowie inhaltlich bestens vorbereitet.

Unsere Politik ist wertorientiert und setzt den von **LH Dr. Jörg Haider** eingeschlagenen visionären Weg fort.  
Es geht nicht um links oder rechts, sondern um das, was Oberösterreich nach vorne bringt.

Unsere **Kernthemen** sehen wir in einer aktiveren **Familien-, Sicherheits-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**. Besondere Akzente wollen wir auch für die **Wirtschaft, die Jugend, für Frauen, die Umwelt und für mehr Demokratie und Kontrolle** in Oberösterreich setzen.

Der "**Haubner Plan**" ist dafür eine Richtschnur und soll die von uns eingeforderte Politik für die Menschen und für das Land konkretisieren. Er ergänzt damit auf landespolitischer Ebene das bundesweite BZÖ – Grundsatzprogramm "**Ziele, Ideen und Visionen**" und unsere "**Bündnispositionen**".

Wir sind bei unserer Arbeit **ausschließlich den Menschen verpflichtet**.  
Unsere Politik ist mutig, manchmal unkonventionell und visionär, aber immer mit Sachverstand und Herz für die Bevölkerung.

Wir grenzen niemanden aus und achten bei aller Konsequenz in der Sache Andersdenkende. Unsere Politik für die Zukunft verlangt auch in **Stil und Sprache** neue politische Umgangsformen.  
Wer bei den Menschen politisch glaubwürdig bleiben will, muss auch selbst Vorbild sein.

**Als offenes Bündnis laden wir alle konstruktiven Oberöreicherinnen und Oberöreicher ein, ein Stück des Weges mit uns zu gehen, als neue Kraft für unser Heimatland Oberösterreich.**

# FAMILIEN

- **Babygeld**

Eltern soll Hilfe für die vielen Anschaffungen gegeben werden, die für ein Baby notwendigerweise gemacht werden müssen. Auch wollen wir sicherstellen, dass Oberösterreich ein besonderes kinder- und familienfreundliches Bundesland ist.

Eltern sollen für das **erste Kind 800 Euro**, für das **zweite Kind 900 Euro** und für das **dritte bzw. jedes weitere Kind 1.000 Euro** zur Geburt bekommen.

- **Kinderbetreuung**

Unser Zugang zur Familienpolitik war und ist, Familien zu entlasten und die Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung zu gewährleisten. Dazu gehört unter anderem eine leistbare Kinderbetreuung für außer Haus. Wir haben den Gratiskindergarten durchgesetzt. Jetzt wollen wir auch die **Gratisbetreuung durch Tagesmütter** sicherstellen.

Jene, die ihre Kinder vorwiegend innerhalb der Familie erziehen, sollen ein **Kindererziehungsgeld** erhalten.

- **Schulstartgeld**

Die Familien werden gerade zu Schulbeginn ordentlich zur Kasse gebeten. Einerseits sind die Lebenserhaltungskosten stark gestiegen und andererseits sind die Kosten für Unterrichtsmaterialien sehr teuer geworden. Die Familien müssen mit durchschnittlich 200 Euro pro Kind rechnen. Daher soll ein Schulstartgeld für jedes schulpflichtige Kind eingeführt werden.

Wir wollen von der **1. bis zur 9. Schulstufe ein Schulstartgeld in der Höhe von 100 Euro** für alle Kinder.

- **Jugendstartgeld**

Jugendliche zwischen **16 und 18 Jahren sollen 1.000 Euro Jugendstartgeld** zweckgebunden für Führerschein, Autokauf oder Wohnraumbeschaffung erhalten.

Wir signalisieren damit, dass uns die jungen Menschen im Land etwas wert sind und wir sie beim Start ins selbständige Leben unterstützen.

- **Müttergeld**

In Oberösterreich sind es fast 40.000 Frauen, die derzeit im Alter keine eigene Pension haben oder schlecht versorgt sind. Diese Frauen sollen ein **"Müttergeld" von monatlich 200 Euro** erhalten. Die Anerkennung für gesellschaftlich wertvolle Arbeit ist in Kärnten schon Realität und muss auch in Oberösterreich möglich sein.

## **Nachhaltige Finanzierung durch einen Familienzukunftsfonds:**

- Erlöse aus Verkauf weiterer Wohnbaudarlehen
- Kürzung des Kulturbudgets um 10 Prozent
- Verkleinerung der Landesregierung von 9 auf 7 Mitglieder
- Beitrag aus laufendem Budget

# SICHERHEIT

- **350 echte Polizisten mehr**

Oberösterreichweit ist die Gesamtkriminalität massiv gestiegen. Die Antwort kann nur ein deutliches mehr an Personal für die Exekutive für ganz Oberösterreich sein. **Eine Aufstockung um zumindest zehn Prozent – also von rund 3260 auf rund 3600 Polizisten – soll in den nächsten drei Jahren erfolgen.** Derzeit werden nur die Pensionierungen ersetzt. Eine echte Aufstockung ist weder in den Dienstpostenplänen noch aus dem Bundesbudget für 2009 und 2010 ableitbar. Auch wollen wir die verstärkte Einrichtung von Gemeindefürsicherheitswachkörpern und den Einsatz privater Wachdienste forcieren und fördern.

- **Bessere Ausrüstung für unsere Polizei**

Wir brauchen nicht nur 350 Polizisten mehr in Oberösterreich, sondern auch **bessere Geräte z.B. Digicams oder ausreichend mobile Alarmanlagen für alle Bezirke.** Ebenso ist der Fuhrpark auf den neuesten Stand zu bringen und für moderne Polizeidienststellen zu sorgen.

- **Grenzkontrollen vorübergehend wieder einführen**

Die Menschen haben zunehmend das Gefühl der Unsicherheit. Es wird mehr gestohlen und auch mehr eingebrochen, aber wegen Erfolglosigkeit weniger angezeigt. Nur mehr jede zweite Straftat kann in Oberösterreich aufgeklärt werden (Aufklärungsquote 2007: 49,06%). **Der Schengenvertrag ist daher auszusetzen und die Grenzkontrollen sind vorübergehend wieder einzuführen.**

- **Sicherheitsmaßnahmen in Wohnbauförderung aufnehmen**

Die Wohnbauförderung ist ein effektives Instrument, um mit wenig Mittelaufwand ein großes Plus an Sicherheit bei Wohnungen, Häusern und Büros zu erreichen. **Sicherheitsverbessernde Maßnahmen sollen mit bis zu 30 Prozent gefördert werden.** Oft genügt schon der Einbau von Sicherheitstüren- und Fenstern, um potentielle Einbrecher abzuschrecken.

- **Abschiebung krimineller Ausländer**

**Wer sich nicht integrieren will und kriminelle Handlungen setzt, muss abgeschoben werden.** Fleißige und voll integrierte Menschen die bei uns rechtmäßig eine neue Heimat gefunden haben, unsere Kultur und unseren Rechtsstaat akzeptieren, sind willkommen.

- **Integrationskonzepte für Gemeinden**

In Städten ab 10.000 Einwohnern sollen umsetzbare und nachhaltige Integrationskonzepte mit konkreten Maßnahmen für alle wesentlichen Lebensbereiche erstellt werden. Dabei sollen Ausländer und Migranten in Kindergärten, Schulen, Wohnungen bis hin zum betreuten Wohnen bestmöglich auf alle Einrichtungen verteilt werden, um so Ghettos zu vermeiden. **Eine partnerschaftliche Integration aller in Oberösterreich lebender Menschen ist zu ermöglichen.**

- **Bauverbot für Moscheen und Minarette**

Moscheen und Minarette sind religiöse Herrschaftssymbole des Islam. Auch entsprechen die islamischen Gebetstürme in keinsten Weise unserem mitteleuropäischen Verständnis von Baukultur. Vielmehr stehen sie im Gegensatz zu unserer abendländischen Kultur und Tradition. **Um vorab ein Konfliktpotential zu vermeiden, soll in der oö. Bauordnung ein Bauverbot für Moscheen und Minarette wie in Kärnten vorgesehen werden.**

- **Gas- und Strompreise senken**  
Die noch im mehrheitlich öffentlichem Eigentum stehenden Energieerzeuger wie die Energie AG oder die Linz AG sollten neben dem öffentlichen Auftrag der Versorgungssicherheit auch für niedere Strom- und Gaspreise sorgen. Es kann nicht sein, dass öffentliche Unternehmen zwei und dreistellige Millionenrekordgewinne zu Lasten höherer Strom- u. Gaspreise für Haushalte und Unternehmen einfahren, um dann fette Dividenden für das Land oder die Stadt Linz abzuliefern.
- **Wasser-, Kanal- und Müllgebühren senken**  
Die Gemeindegebühren sollen um bis zu 30 Prozent gesenkt werden, statt sie nur auf hohem Niveau im Wahljahr 2009 einzufrieren. Die Gemeindeabgaben sind zwei bis drei Mal so stark in den letzten Jahren gestiegen, wie der normale Lebenshaltungsindex
- **Sozialmärkte in allen Bezirken**  
Immer mehr Menschen befinden sich an der Armutsgrenze. Daher ist es notwendig in allen Bezirksstädten Sozialmärkte zu errichten. Die Sozialmärkte bieten Menschen mit geringen Einkommen die Möglichkeit, Lebensmittel und Artikel des täglichen Bedarfs sehr preiswert einkaufen zu können.
- **Aussetzung der Rückzahlung für Wohnbaudarlehen**  
Gerade junge Familien und Arbeitnehmer mit kleinen Einkommen haben Anspruch auf ein Wohnbaudarlehen und kämpfen jetzt durch die unverschuldete und unerwartete Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit mit massiven finanziellen Problemen. Mit dem vorübergehendem Aussetzen der Rückzahlungen muss hier zielgerichtet geholfen werden um den Betroffenen ihr Eigenheim zu erhalten.
- **Leistbares Wohnen**  
Die Wohnungsgesellschaften sollen ihre Rücklagen auflösen müssen und für geringere Verwaltungs- und Erhaltungskosten sorgen, um den Menschen leistbare Mieten zu gewähren. Eine echte Kontrolle fehlt bisher und die parteipolitische Machtkonzentration ist in vielen "Gemeinnützigen" unerträglich und zurückzudrängen.
- **Freiwilligenarbeit stärken**  
Die Freiwilligen in Oberösterreich leisten in unzähligen Einsatzorganisationen und Vereinen unbezahlbare Arbeit für unsere Zivilgesellschaft. Ihnen soll besondere und spürbare Anerkennung zukommen.  
Daher wollen wir einen Bonus für Betriebe bzw. ein Kriterium bei der Auftragsvergabe im öffentlichen Bereich, die freiwillige Mitarbeiter von Blaulichtorganisationen einstellen. Eine bevorzugte Behandlung bei der Aufnahme in den öffentlichen Dienst soll umgesetzt werden. Ebenso ist eine bessere Unterstützung bei der Ausstattung an Geräten für freiwillige Hilfsorganisationen notwendig.

# ARBEITSPLÄTZE UND WIRTSCHAFT

- **Arbeitsintensive und nachhaltige Infrastrukturprojekte vorziehen**  
Schluss mit jahrzehntelangen Planungen und Versprechungen. Wir wollen rasch:
  - **Realisierung des Westringes** und einer stadtnahen **Ostumfahrung in Linz**
  - **S 10 rasch fertigstellen**
  - **3-spuriger Ausbau der Innkreisautobahn**
  - Öffentlicher Verkehr: **Entscheidend ist hier nicht ob die Verbindung zwischen Mühlviertel und Hauptbahnhof City S-Bahn oder Regioliner heißt, sondern dass sie endlich gebaut wird.**
  - Der Zentralraum soll aus jeder Bezirksstadt im Halbstundentakt an Werktagen mit öffentlichen Verkehrsmitteln in mindestens 1 Stunde erreichbar sein.
- **Oberösterreich muss energieautark werden**  
Oberösterreich muss die Mittel für erneuerbare Energien (z.B. Biomasse, Windenergie, Wasserkraft, Solarthermie, Geothermie, Photovoltaik, ...), Energieeffizienztechnologien sowie für Wärmedämmung im öffentlichen und privaten Bau massiv erhöhen. **Mit einer Konjunkturmilliarde für Oberösterreich sollen massiv die thermische Sanierung im privaten wie im öffentlichen Bereich und auch neue Forschungs- und Entwicklungsprojekte finanziert werden.**
- **Lohnsteuer für Kurzarbeiter halbieren**  
In OÖ gibt es mit Juni 2009 rund 20.000 Kurzarbeiter. Die rotschwarze Bundesregierung schläft hier und sieht tatenlos zu. Gerade viele Alleinverdiener (Häuslbauer; Jungfamilien) trifft das hart, wenn etwa 10 Prozent des Lohnes wegfallen. **Daher verlangen wir eine Halbierung der Lohnsteuer.** Das würde beispielsweise einem VOEST Kurzarbeiter der 1800 brutto verdient über Euro 100 im Monat mehr bringen. Bundesweit wären das Kosten von 50 Mio. Euro je Jahr.
- **Rückerstattung der Mehrwertsteuer für Häuslbauer**  
Diese langjährige BZÖ-Forderung würde Beschäftigung sichern und die Wirtschaft beleben.
- **Lehrplatzgarantie für oö. Jugend**  
Eine Vereinbarung zwischen Land und Sozialpartnern soll jedem Jugendlichen in Oberösterreich einen Ausbildungsplatz zusichern.
- **Bürokratie abbauen – Verfahren beschleunigen**  
Um Betriebe zu entlasten und den Wirtschaftsstandort Oberösterreich attraktiv zu halten.
- **Direkte Absetzbarkeit der Fahrtkosten**  
Die Pendler und Autofahrer sind die Melkkühe der Nation. In Zeiten einer Wirtschaftskrise und Kurzarbeit ist es unumgänglich die Arbeitnehmer zu entlasten und die **hundertprozentige Absetzbarkeit der Fahrtkosten zum und vom Arbeitsort endlich umzusetzen. Jene Arbeitnehmer, die keine Lohnsteuer zahlen, müssen die Fahrtkosten als Negativsteuer ersetzt bekommen.**
- **Öffnen der Landestankstellen**  
Die Landestankstellen mit ihrem günstigeren Dieselpreis sollen nach Kärntner Vorbild für die Bevölkerung geöffnet werden.

- **Medizinische Universität in Oberösterreich**  
**Die medizinische Universität in Linz ist in der kommenden Legislaturperiode zu realisieren.** Die mittel- bis langfristige Sicherung des bodenständigen Ärztenachwuchses ist ein Gebot der Stunde. In 10 Jahren werden doppelt so viele Medizin-Absolventen benötigt als jetzt. Das heißt 2019 werden jährlich 1600 Medizinabsolventen benötigt statt wie derzeit 800 pro Jahr.
- **Flächendeckende Versorgung der Herzinfarktpatienten**  
Wir brauchen im ländlichen Bereich den gleichen Standard der Herzinfarktversorgung wie im Zentralraum. **Die drei Schwerpunktkrankenhäuser Ried, Vöcklabruck und Steyr müssen als kardiologische Kompetenzzentren den gleichen Standard bieten wie ihn Linz und Wels schon haben.**  
Neben der Akutversorgung muss auch die flächendeckende Prävention aller Herz-Kreislaufkrankungen angeboten werden.
- **Lehrberuf Pflege u. Gesundheit**  
Investitionen in einem zukunftsorientierten Arbeitsmarkt - wie im Bereich der Pflege und Gesundheit - wo Arbeitsplätze langfristig gebraucht werden sind unumgänglich. **Daher ist ein Lehrberuf im Fachbereich Gesundheit bzw. Betreuung** nach Schweizer Modell als Pilotprojekt zu starten. Das bestehende Pflegeproblem lösen wir nicht mit der Legalisierung von ausländischen Arbeitskräften, sondern mit neuen Ideen im Gesundheits- und Pflegebereich gehen.
- **Tageszentren für pflegebedürftige Menschen**  
Rund 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden nach wie vor zu Hause von ihren Angehörigen bestens betreut und gepflegt. Weitere Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung der Familien sind notwendig. **Der Ausbau des Tagesbetreuungsangebotes in Oberösterreich ist zu verstärken.**
- **Mehr Fachärzte im ländlichen Raum**  
Eine flächendeckende medizinische Versorgung ist die einzige Alternative zu den immer höher werdenden Spitalsdefiziten, wofür Länder und Gemeinden aufkommen müssen.

## A U S B I L D U N G

- **Liberalisierung der Schulsprengel**  
Die derzeitige Regelung in Oberösterreich widerspricht den heutigen Anforderungen an Mobilität und Flexibilität und der Entscheidungsfreiheit der Eltern, die auf Grund besonderer Begabungen, privaten oder beruflichen Gründe ihre Kinder auch in schulsprengelfremde Schulen schicken wollen. **Daher soll der Besuch der Pflichtschule nicht ausschließlich vom Hauptwohnsitz abhängen!** (Wie in Kärnten)
- **Gemeinsame Schule**  
**Die gemeinsame Schule der 6 – 15 Jährigen mit differenziertem Leistungs- und Förderangebot und mit zeitgemäßen Unterrichtsmethoden ist in Modellversuchen weiter auszubauen,** um unseren Kindern beste Chancen für ihre berufliche Zukunft zu geben.
- **Lehre fördern und attraktiver machen**  
Die Möglichkeit des Zugangs zu einer fundierten Ausbildung ist für unsere Jugend und ihre Zukunft von großer Bedeutung. Dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass mit steigendem Ausbildungsniveau die Gefahr von Arbeitslosigkeit eindeutig sinkt. **Die Lehrlingsausbildung für Unternehmer ist zu attraktiveren und die Kosten dafür zu senken (Oberösterreichischer Blum-Bonus). Eine gänzliche Gleichstellung von Lehrlingen und Schülern ist in Hinblick auf Freifahrten und Abschaffung von Prüfungstaxen herzustellen. Die kostenlose Umsetzung von Lehre mit Matura ist weiter zu sichern.**
- **Solidaritätsmodell Nachhilfe**  
Um Aufstiegs- und Ausbildungschancen zu verbessern und Eltern finanziell zu entlasten soll in den **letzten Ferienwochen** oder an **schulautonomen Tagen kostenlos Nachhilfe** angeboten werden.

## H E I M A T U N D U M W E L T

- **Nein zur Atomkraft**  
Der Einsatz gegen die Atomkraft im allgemeinen und gegen grenznahe Atomkraftwerke wie z.B. Temelin, sowie grenznahe Atomülllager ist mit allen demokratischen Instrumenten und auf allen Ebenen fortzuführen. Ziel muss auch der **Ausstieg aus dem EURATOM – Vertrag sein, in den Österreich jährlich zweistellige Millionenbeträge über den EU – Mitgliedsbeitrag einzahlt.**
- **Gentechnikfreies Oberösterreich garantieren**  
**Oberösterreich und seine Landwirtschaft müssen gentechnikfrei bleiben.** Auch hier sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen um mit und nicht gegen die Natur unsere Heimat nachhaltig und unsere Nahrungsmittel zu schützen.
- **Unser Wasser schützen**  
Niemand darf Oberösterreichs Wasserreserven antasten. Unser Wasser ist unser weißes Gold, das es zu schützen und im bestmöglichen Zustand zu erhalten gilt.

# DEMOKRATIE UND KONTROLLE STÄRKEN

- **Landesregierung**
  - Proporzsystem abschaffen
  - Regierung von neun auf sieben Mitglieder verkleinern (analog der operativen Direktionen)
- **Landtag**

Wir wollen die Frage-, Antrags- und Kontrollrechte ausbauen und die Anzahl der Abgeordneten im Landtag um ein Drittel verkleinern.
- **Direkte Demokratie stärken**

Landesbürgerbefragung ab 3 Prozent der Wahlberechtigten (von 1.019 Mio. Wahlberechtigten sind das 30.589 Bürgerinnen und Bürger) ermöglichen (statt bisher mit 8 Prozent und vorheriger Bürgerinitiative mit 3 Prozent).
- **Wahlrecht Landtag**
  - Legislaturperiode auf fünf Jahre senken
  - Auslandswahlrecht einführen
- **Verzicht auf Bezugsautomatik in der Landes- und Gemeindepolitik**

Solidarität der Landes- und Kommunalpolitik ist mit den hunderttausenden Menschen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise unverschuldet trifft, unverzichtbar. **Daher soll auf die grundsätzlich jährlich vorgesehene automatische Gehaltserhöhung für Landes- und Gemeindepolitiker bis 2015 verzichtet werden.**
- **Transparentere Parteienfinanzierung durch RH-Kontrolle**

**Ein besseres System der Transparenz der Parteienfinanzierung mit Offenlegung aller Einkünfte und Spenden unter völliger Kontrolle des Rechnungshofes ist einzurichten.** Neben der klassischen Parteienfinanzierung in Oberösterreich sollen dabei auch alle Zusatzförderungen an die vielen parteinahen Vorfeldorganisationen aus dem Landesbudget in Millionenhöhe aufgelistet werden.
- **Verbot von gemeinnützigen Stiftungen für Parteien**

Parteien sollen keine Stiftungen mehr halten dürfen, da der eigentliche Stiftungsgedanke nicht erkennbar ist.